

Bezugspreis:

Wochenschrift 4,75 RM., monatlich 2,25 RM. ...

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Kopierzahl ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wilsons Abreise von Amerika.

Washington, 4. Dezember. (Neuer.) Wilson ist in Begleitung von Frau Wilson am Dienstagabend von Washington abgereist, um sich am Mittwoch an Bord des Dampfers „George Washington“ zu begeben, der sofort abfahren wird.

Not in Deutschösterreich.

Die tschechoslowakische Sperrpolitik.

Wien, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gaben der Staatssekretär des Äußern Dr. Bauer, Staatskanzler Dr. Renner sowie die beiden wirtschaftlichen Staatssekretäre ein trauriges Bild der gegenwärtigen Lage.

Die Sozialisierungskommission.

Heute nachmittag tritt die Sozialisierungskommission zusammen. Wir erwarten von ihr, daß sie in gründlicher Beratung gute Arbeit leisten und über später Notwendiges das Nächstliegende nicht vergessen wird.

Finanzvereinbarungen der Waffenstillstandskommission.

Spa, 2. Dezember. Der Vertreter der „Transocean“-Nachkriegsgesellschaft meldet: Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete am ersten Dezember das Schlupfprotokoll, in dem unter anderem folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, ihren finanziellen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgend einer Weise zu vermindern.

Abschaffung des Adels in Oesterreich.

Wien, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung brachte Seber (Soz.) den Antrag ein, alle Adelstitel, Adelsvorrechte, Ordensmittel und sonstige derartige Bezeichnungen abzuschaffen.

Deutschenausweisungen im Elsaß.

Berlin, 4. Dezember. Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Acht über die deutschen Linien abschieben lassen.

Befehung der Pfalz.

Ludwigshafen, 4. Dezember. In Neustadt a. S. wurde heute von Besatzungstruppen das Post- und Wohnhausgebäude besetzt.

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 16. Februar.

Einnütiger Beschluß der Regierung bei einer Stimmenthaltung.

Amlich wird mitgeteilt: In der Presse ist durch den Bericht von der Lagung der Frontsoldaten in Ems die Behauptung wiedergegeben worden, der Termin für die Nationalversammlung sei im Rat der Volksbeauftragten mit 4 gegen 2 Stimmen festgelegt worden.

50 000 Faß Heringe für Deutschland.

Wenn die norwegische Partecipresse recht unterrichtet ist, wird die Regierung Norwegens uns mit Heringen aus Heeresbeständen beliefern.

Jonathan Swift, der unerbittliche Satiriker, läßt seinen Gulliver, nachdem er Kiliput und Broddignat durchreist, in ein anderes Wunderland kommen, in das Land der Theoretiker.

Wer zur Lösung der ersten Aufgabe mithilft, erwirbt sich auch an der Lösung der zweiten ein Verdienst. Die Maschinen müssen wieder laufen, nutzbringende Arbeit für die Gesamtheit muß geleistet werden.

Auch hinter dem Berge wohnen Menschen, und seine Zukunft wird tatkräftige Elemente im Wirtschaftsleben entbehren können. Die allgemeine Pleite und Produktionsstörung ist für keinen ein erstrebenswertes Ziel.

Reicht es etwa auf die Untergrundbahn verzichten, wenn man sich für ihren Bau einen verständigen Plan zurechtlegt? Im Gegenteil, das ist der einzige Weg, sie wirklich zustande zu bringen, würde anders verfahren werden, so hieße es bei allen Leuten, diese Untergrundbahn-Idee sei weiter nichts als ein verrückter Schwindel.

Zweck der Sozialisierung ist nicht, den Besitzenden zu schaden, sondern den Besitzlosen zu nützen. Die Besitzenden werden auf jedes Vorrecht verzichten müssen, das dem sozialen Aufstieg der Massen hinderlich ist.

Der Sozialismus ist nicht nur ein Verteilungs-, sondern vor allem auch ein Erzeugungsproblem. Wir Sozialisten haben stets die unsinnige Idee bekämpft, daß wir den Reichtum der Reichen „verteilen“ wollen.

Der Sozialismus asiaticus, Volksweltismus genannt, hat, was bei der kapitalistischen Unreife des Landes kein Wunder ist, dieses Problem nicht zu lösen vermocht.

Aufgabe der Sozialisierungskommission wird es sein, von vornherein herauszugeben zu wirken in dem Sinne, daß keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind, und daß zum mindesten niemand einen Schaden davon haben wird, wenn er zunächst seiner vor dem Kriege gewohnten Beschäftigung wieder nachgeht.

dessen bewußt sein müssen, daß zu jeder Nationalisierung, Verstaatlichung, Bergesellschaftung eine konstituierte Nation, ein konstituierter Staat, eine konstituierte Gesellschaft vorhanden sein muß, wie sie im Augenblick bei uns noch nicht bestehen. Die müssen erst wieder geschaffen werden, wenn wir festen Baugrund bekommen wollen.

Es wird zu überlegen sein, ob die Kommission nicht öffentlich tagen soll, und ob es nicht angebracht wäre, eine der beiden Kapazitäten der Spartakusgruppe, Liebknecht oder Rosa Luxemburg, hinzuziehen. Sie könnten da einmal zeigen, was sie praktisch für den Sozialismus zu leisten imstande sind. Die Kommission wird sich keiner Ansicht von vornherein verschließen dürfen, sie muß das Nützliche da nehmen, wo sie es findet. Die noch aufklärungsbedürftigen Massen aber könnten bei dieser Gelegenheit lernen, daß kein Feind ihre Lage verbessern kann, daß dazu vielmehr ernste, sachliche, wohlüberlegte Arbeit notwendig ist.

Von jenem großen Teil der Arbeiterklasse, der in politischer und gewerkschaftlicher Schulung das Wesen des Sozialismus begriffen hat, erwarten wir, daß er die Arbeit der Kommission verständnisvoll unterstützt. Er wird von ihr keine Wunder erwarten, sondern einsehen, daß die Ziele des Sozialismus nur in ernster, geduldiger Selbstarbeit erreicht werden können. Aus einem Abgrund, wie er tiefer gar nicht sein kann, streben wir wieder zur Höhe. Durch einen vierjährigen Krieg verarmt, durch die Niederlage mit neuen drückenden Abgaben bedroht, wollen wir zu einem Zustand gelangen, der jedem körperlich oder geistig Arbeitenden einen gewissen Wohlstand sichert. Der Aufstieg ist schwer und mühsam, die Gassen, die emporkletternd gleich nach der ersten Begleitstraße schlapp zu werden drohen, grüßen wir mit dem Bergsteiger Spruch: Zeit lassen!

Fälschungen der Bolschewiki.

Angewichtiges Telegramm der deutschen Regierung.

Die dänische Gesandtschaft in Petersburg hat an die deutsche Gesandtschaft in Stockholm telegraphiert, daß in Petersburg eine Depesche aus Moskau eingetroffen sei, wonach die deutsche Regierung die Soldatenräte in Moskau und Petersburg als autonome Körperschaften anerkenne und sie mit allen Vollmachten ausstatte; dieses Telegramm müsse wohl zu Agitationszwecken zurechtgemacht oder erfunden sein, aber es könne großes Unheil anrichten, da die Soldatenräte in Petersburg und Moskau vollständig unter dem Einfluß der russischen Regierung ständen, ja sogar unter deren Befehl, da sie durch die Drohung, als Konterrevolutionäre behandelt zu werden, in Schach gehalten würden.

Das Telegramm bedeutet in der Tat eine dreiste Fälschung. Tatsächlich hat die deutsche Regierung den Soldatenräten in Petersburg und Moskau mitgeteilt, daß sie die Frage ihrer Anerkennung von ihrer Entscheidung, ihrer Zusammensetzung und ihrer Stellung zur russischen Republik und den deutschen Behörden abhängig machen müsse.

Ungarn und Deutschland.

Gefahr für die diplomatischen Beziehungen.

In Budapest scheinen gewisse Schwierigkeiten wegen der ferneren diplomatischen Verbindung mit Deutschland zu bestehen. Im Waffenstillstand Ungarns mit der Entente ist auch der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland gefordert. Was jetzt sind die Beziehungen noch intact.

Nachrichten, daß der deutsche Generalkonsul in Budapest seine Pässe erhalten habe, werden in Berliner unerschrockenen Kreisen für unglaubwürdig gehalten. Da eine scharfe Entscheidung in Sachen der Internierung der Armee Radensens nicht erfolgt ist, läßt sich nicht annehmen, daß gerade der Generalkonsul, der für den Abzug der Armee Radensens durchaus notwendig ist, ein Opfer des französischen Diktats geworden sein soll.

W. T. S.

Von Max Ed. Troll.

Ein Bischen ... ein Bischen ... ein Kuckuck.
Und ein Gerächelumpfen eines hartem Gegenstandes in ein Netz aus brennenden Striden.

Kein Kopf.
Da liegt nun eine kleine Kapsel aus Aluminium in einer ledernen Hülle.

Koch nimmt sie ein Mann in einer betretenen Uniform, öffnet sie, erwidert der Kapsel eine zusammengerollte Depesche und übergibt sie dem diensttuenden Schreibleiter.

Eine Meldung aus dem Haag:
Das deutsche Waffenstillstandsangebot von der Entente angenommen.

In der Redaktion herrscht feierliche Stille.
Die Nachricht wird überlegt, in gutes Deutsch gebracht. Die Exemplare, auf Selbstgraphenplatten vervielfältigt, in die Aluminiumkapsel. Der Luftdruck der Kohlepfeife wird für einen Stoß höher in die Telefonie, von wo aus die Filialen in Frankfurt a. M., Stuttgart, Breslau, Hamburg, Leipzig usw. nebst zahllosen Provinzialbüros bedient werden. Andere Exemplare wandern durch die Kohlepfeife im Ru zum Haupttelegraphenam, um auf gemieteten Telegraphenleitungen in alle Himmelsrichtungen des Reiches verbreitet zu werden.

Ein anderer Abzug wandert in das Zimmer des Ferndruckers. Der hebet die Berliner Zeitungen auf direktem Wege. Der Mann oder die Frau oder auch Jungfrau am Ferndrucker tippt die Nachricht auf einer Schreibmaschinenklaviatur ab und sofort im Bruchteil der ousenden Sekunde schreibt der Apparat bei sämtlichen Berliner Zeitungen die Meldung fein säubertlich auf einen Papierstreifen.

Und wieder andere Abzüge eilen zum Zinkdrucker und in die Druckerei.

In der Schriftleitung plumpst inzwischen eine Aluminiumkapsel um die andere in das härmste Netz.

Die Ereignisse überstürzen sich.
Kaiser und Kronprinz abgedankt!

Die wichtigsten Redaktionen aus dem Inland wandern von der Redaktion aus in Englisch oder Französisch überlegt ins Ausland.

Durch Kabel oder drahtlos über Rauen oder Norddeich.
Hier ist das weltliche Zentrum des deutschen Nachrichtenwesens. Und von ihm hängt es ab, ob heilig und noch mehr Millionen, ob die ganze Welt die Wahrheit der Dinge erfahren, oder ob sie schematisch angelogen werden.

Hierher dirigierte Rudendorff seine Siegeszuversicht ... noch zu einer Zeit, als er selbst schon seine Pläne verloren gab.

Von hier aus wurde der Sozialismus mit schlaudem System be-
kämpft, zu unterdrücken oder totzuschweigen versucht.

Von hier aus wurde das deutsche Volk in den letzten kritischsten Tag in Sicherheit eingelulkt.

Beginn der Friedenskonferenz wahrscheinlich Ende Januar.

Haag, 4. Dezember. (Holländisch Nieuwsbureau.) Die „Times“ meldet, daß die allgemeine Friedenskonferenz wahrscheinlich Ende Januar beginnen wird und daß der Beginn der alliierten Konferenz auch die Dauer des Waffenstillstandes verhandelt wird, welcher wahrscheinlich verlängert werde. Die Entscheidung über die Behandlung des deutschen Kaisers wird hinausgeschoben, bis man sich mit der amerikanischen Regierung verständigt habe. Gegenwärtig wird ohne amerikanischen Vertreter verhandelt, da Oberst House erkrankt ist.

London, 4. Dezember. Das Reutersche Bureau erfährt: Da infolge der Erkrankung des Obersten House Amerika bei den Konferenzen der Alliierten nicht vertreten war, muß über die Verhandlungen Stillschweigen bewahrt werden. Es steht aber fest, daß man zu einer vollständigen Einigung gelangt ist und mit Lloyd George und den richterlichen Beamten der Krone völlig übereinstimmt, daß Deutschland so bald als möglich für seine „Missetaten büßen muß und daß die verantwortlichen Personen ohne Rücksicht auf ihren Rang vor Gericht gebracht und soweit wie möglich bestraft werden müssen. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von großem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

London, 4. Dezember. Reuter. Die internationalisierte Konferenz bespricht die Dauer des Waffenstillstandes, der wahrscheinlich verlängert werden wird. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Weiteres Ultimatum Fochs unwahrscheinlich!

Haag, 4. Dezember. (Holländisch Nieuwsbureau.) Die „Daily News“ behauptet im Zusammenhang mit dem Gerücht, daß Foch ein Ultimatum an Deutschland gerichtet habe, daß derartige Gerüchte keinen Grund zur Wahrscheinlichkeit haben. Marshall Foch habe gar nicht die Macht, selbst wenn er es wolle, ein weiteres Ultimatum zu stellen. Seine Aufgabe ist nur, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen durchzusetzen und Veränderungen vorzunehmen, wenn er sie für richtig hält. Das übrige ist die Aufgabe der Friedenskonferenz, und falls es zur Besetzung von Berlin kommen würde, wie man in Deutschland fürchtet, so könnte dies nur geschehen infolge eines Mandats der Friedenskonferenz. Dasselbe gilt von einer Besetzung Wiens durch die Italiener.

Das Ergebnis des Frontsoldatentages.

Einstimmiges Eintreten für Regierung und Nationalversammlung.

Die Ereignisse des Vertretertages der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems am 1. und 2. Dezember 1918 sollen dem am 16. Dezember in Berlin zusammentretenden Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte in Form eines kurzen Berichts vorgelegt werden. Die Bearbeitung hat im Einvernehmen mit der Leitung des Vertretertages in Ems der Volkszugsausschuß des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung übernommen. Die Hauptergebnisse der Tagung bestehen in folgendem:

1. Einstimmiges, entschiedenes Eintreten der 300 erschienenen Vertreter für die Regierung Oberst-Haase, fast einstimmiges Eintreten für deren soziales Programm. Einstimmiges Verlangen nach Einberufung der Nationalversammlung und ungehemmte Mitwirkung des Feldheeres dabei.
2. Wahl von 5 (fünf) zum Berliner Volkszugsrat zu entsendenden Vertretern des Feldheeres.
3. Wahl von 64 Vertretern des Feldheeres für den Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember 1918 in Berlin.
4. Bestätigung des bisherigen Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung als Zentral Soldatenrat des gesamten Feldheeres.
5. Aufstellung unverbindlicher Richtlinien über Organisation und Tätigkeit der Feldsoldatenräte.

Hier war schon im Frieden — doppelt im Kriege — eine Nachrichtenzentrale zum Zwecke der Vorklärung falscher Tatsachen.

9. November 1918.

Berliner Revolutionstag.

Herr von Linsingen, der Oberkommandant der Marcks, hatte noch in aller Eile Tausende von sogenannten Königstreuen Truppen nach Berlin kommen lassen, um die aufsteigende Revolution blutig zu unterdrücken.

Aber ... er hatte die Rechnung ohne den gesunden Sinn des deutschen Soldaten gemacht, der gar nicht gewillt war, in kaiserlichen Sinne auf Vater und Mutter zu schießen.

Um die erste Morgenstunde tatterten Wagen mit schußbereiten Maschinengewehren über das Pflaster der Königgräber Straße dem Unfaller Bahnhof zu. Davor und dahinter das Lübbener Jägerregiment Nr. 3 mit Panzerhelmen und Gasmaske. Regimentärnust voran. Die ganze Bagage hinterdrein.

Vom Halleschen Tor kommt ein Gegenzug.

Arbeiter aus den Werkstätten der Kuergergesellschaft.

Da ein Ruf: „Hoch die Republik!“

Und die Lübbener Jäger begrüssen aus der Kolonne heraus mit lauten Hurrien das geehrte Proletariat.

Da wachte ich, daß die Revolution bereits gesiegt hatte.

Wer die Geschichte der Berliner Revolution einmal schreibt, muß auch einen Ehrenbogen den 4. Naumburger Jägern widmen.

Sie waren es auch, die unter Führung von Genossen am ersten Revolutionstag das Bolschewische Telegraphische Bureau besetzten.

In den beiden Eingängen prangten rote Fahnen. Ohne Ausweis durfte niemand aus noch ein.

Der Direktion gegenüber wurde erklärt, daß das Institut von nun an unter der Zensur des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats stehe und alle Nachrichten diesen Vertretern vorzulegen seien.

Eine halbe Stunde nach der Besetzung funktionierte der Betrieb wieder wie vorher.

Nur mit dem Unterschiede, daß nunmehr eine objektive Berichterstattung insbesondere über die deutsche Revolution einsetzte.

Die Revolution hatte gesiegt.

Und mit ihr die Wahrheit.

Und wohl selten haben die Telegraphisten und Telephonisten und die Telefunken von Rauen und Norddeich mit mehr innerlicher Herzengröße eine Nachricht in die Welt, an die gesamte Menschheit gesandt, als die inaktiveren Worte:

„Die deutsche Revolution hat auf der ganzen Linie gesiegt.“

Republik oder Volksreich?

Wir getöhen uns daran, von der deutschen „Republik“ zu sprechen, aber es erscheint bei genauerer Ueberlegung doch fraglich, ob es sich empfiehlt, diese Bezeichnung beizubehalten. Man braucht

Die Soldatenräte der Radensensarmee gegen Diktatur und für Nationalversammlung.

Budapest, 4. Dezember. Der Präsident der Zentrale der Soldatenräte der Radensens Armee, Unteroffizier Braun, teilte einem Korrespondenten des Pesther Lloyd mit, daß die Armee fast seit vier Wochen ohne jede Nachricht aus der Heimat gewesen sei; als dann spärliche Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland eintrafen, wurden auch in der Armee Radensens Soldatenräte gewählt, die zu dem Oberkommando in vorzüglichem Verhältnis stehen. Die Soldatenräte politisieren nicht und betrachten als ihre wichtigste Aufgabe eine möglichst glatte Zurückführung der Truppen. An die deutsche Reichsregierung habe der Zentralrat ein Telegramm gerichtet, wonach sich die Soldaten der Armee Radensens keinesfalls einer Diktatur fügen, woher sie auch kommen möge; sie wünschen halbtägige Einberufung der Nationalversammlung. Weiter erklärte Braun, die Soldaten der Armee Radensens wollten von Bolschewismus nichts wissen und verurteilen auch den Ultraradikalismus. Der französischen Forderung nach Internierung müßten sie sich fügen, hauptsächlich aus dem Grunde, um den Franzosen keine Gelegenheit zu geben, ganz Deutschland zu besetzen. Es diene den deutschen Soldaten zur Beruhigung, daß die Internierung auf ungarischem Boden durch die früheren Verbündeten vollzogen würde.

Der angebliche König von Preußen.

Zur Rundgebung des Prinzen Heinrich.

Wir haben uns gestern erlaubt, den Aufruf des Prinzen Heinrich an die Mitglieder des ehemals königlichen Hauses mit einiger Ironie zu behandeln, müssen aber nachträglich bemerken, daß die Sache auch ihre ernste Seite hat. Der Bruder Wilhelms redet in dieser Rundgebung von einem „König von Preußen“, als ob es einen solchen noch gäbe, ohne im mindesten zu bemerken, daß Preußen inzwischen Republik geworden ist. Indem er seine Mitprinzen und Mitprinzeßinnen zur Treue gegenüber diesem angeblichen König ermahnt, macht er von der Meinungsfreiheit, die jedermann in der preussischen Republik zusteht, einen umfassenden Gebrauch. Dazu ist doch nötig zu bemerken, daß keinem verboten sein soll zu sagen, was er auf dem Herzen hat, daß aber monarchistische Umtriebe, die die ruhige Entwicklung des Staates stören, in Preußen ebensowenig geduldet werden könnten wie in einer anderen Republik. Die Mitglieder der ehemals regierenden Häuser sind von der deutschen Revolution so gut behandelt worden, wie das in der Geschichte noch keiner Revolution vorgekommen ist. Selbst der ehemalige Kaiser und der frühere Kronprinz hätten es wahrscheinlich nicht nötig gehabt, davonzulaufen, wenn sie sich im Lande nur einigermaßen verständlich aufzuführen beabsichtigten. Der Bruder des Kaisers wohnt gänzlich unbefelligt in seinem Schloß. Um so mehr wäre ihm zu empfehlen, von seiner Person und seiner Familie so wenig Aufhebens wie möglich zu machen und von dem Erlaß weiterer Proklamationen abzusehen.

Fehrenbach protestiert weiter.

Mangelhafte Rechtskenntnisse eines Juristen.

Der Reichstagspräsident Fehrenbach hat auf das Telegramm der Reichsleitung folgendes geantwortet:

Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen, ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie oder nicht auflösen, sind Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder des Prozeßrechts hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet gefühllose Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich. Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Herr Fehrenbach zeigt, obwohl er Rechtsanwält ist, nur ein sehr mangelhaftes juristisches Begriffsvermögen. Wenn er das Verhalten der revolutionären Regierung gegenüber dem Reichstag in Parallele stellt mit

nicht zu denen zu gehören, welche die Ausmerzungen aller Fremdwörter aus unserer Sprache — übrigens eine praktische Unmöglichkeit — anstreben und wird trotzdem Ausdrücke beibehalten, die in unklarer Weise das Begegnen wollen, sofar im Deutschen ein Wort vorhanden ist, das schärfer und deutlicher sagt, was gemeint ist. Für die Bezeichnung „Republik“ kann man unklarere solche Gesichtspunkte finden. Das Wort ist, wie bekannt, lateinisch. Ursprünglich wurde mit „res publica“ jede öffentliche Sache oder Angelegenheit im Gegensatz zu einer privaten bezeichnet, öffentliche Gebäude und Straßen so gut wie etwa Versammlungen. Darüber hinaus wandte man dann frühzeitig die Worte res publica zur Bezeichnung des Staates überhaupt an, ohne daß mit ihnen der Hinweis auf irgend eine bestimmte Regierungsform verbunden gewesen wäre. Zum erstenmal wird von „Republik“ im modernen Sinn des Wortes bei Machiavelli gesprochen. Dieser unterscheidet alle Staaten in Republik und Monarchie oder Einberherrschschaft, also Fürstentum und Kaiserreich, und in der Republik hält er wieder Aristokratie und Demokratie auseinander.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die hierdurch gegebene Definition der Republik ebensowenig ihr Wesen trifft, wie ihre wörtliche Uebersetzung mit Staat oder Gemeinwesen. Es wurde vorgeschlagen, der Monarchie die Pleonarchie, der Einberherrschchaft die Vielberchenschaft gegenüberzustellen. Das wäre ganz logisch, trübe aber ebensowenig den Kern der Sache. Was wie und die ganze Menschheit heutzutage unter Republik versteht, das ist aber nicht eine Mehrberchenschaft, sondern die Volksberchenschaft. Diese ist es, worauf es allein ankommt, und deshalb ist die ungenaue Bezeichnung Republik für uns heute nicht mehr als bloße, statt Ausdruck: „Deutsches Volksreich“.

Notizen.

— Ein Autorabend des Verlages Oesterheld u. Co., Berlin, findet am Sonntag im „Reisterhof“ statt. Ludwig Büllner liest Emil Sudwigs tragische Dichtung „Kalanta“.

— Die Zukunft des Opernhauses. Nachdem das Kultusministerium die ehemals königlichen Theater übernommen hat, ist es zunächst an die Regelung der Direktionsfrage heranzutreten. Wie wir hören, ist der vom Künstlerpersonal erwählte Oberregisseur Georg Droscher als Direktor befristet worden. Daneben hat sich ein Weg gefunden, um Richard Strauß dem Musikischen Berlin zu erhalten. Der Strauß wird seine künstlerischen Pläne in weit höherem Maße als früher verwirklichen können. — Das Kultusministerium wird nun dafür zu sorgen haben, daß die ihnen unterstellten Theater nun auch wirklich dem Volke dienen.

— Verichtigung. Zu der gestrigen Notiz, daß dem Dichter der Warschauer Rouget de Lisle in Straßburg ein Denkmal errichtet werden soll, sei bemerkt, daß der französische Revolutionserfänger erst 1792 gedichtet und zum ersten Male gesungen worden ist.

Wieviel?



muß man bei uns für ein hübsches und modern gearbeitetes Seidenkleid anlegen? Jedenfalls bedeutend weniger, als Sie wahrscheinlich annehmen. Davon werden Sie — zu Ihrer Freude — schon die drei hier gezeigten Beispiele hinreichend überzeugen.

Zaffitkleid

aus geschmackvoll blau-grün melirierter Seide. Anklebende Faltenpartien mit feinem Samtgürtel und Schleife, schöner weißer Seidenfalten

135.-

Hochelegant

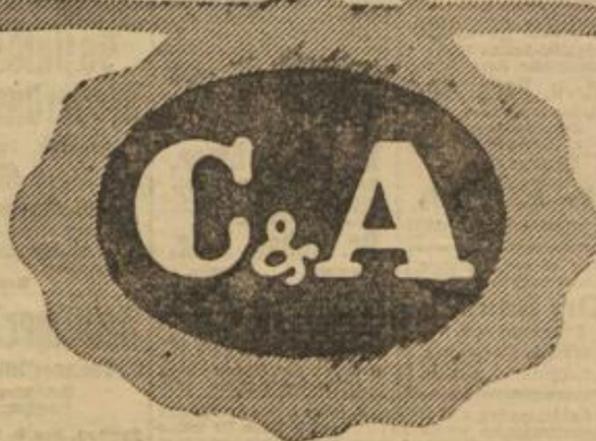
aus ganz vorzüglichster Seide mit wunderbarem Mattglanz. Reiche und vornehme Ausstattung bei sehr guter Passform

198.-

Besuchskleid

elegant aus guter Paillette-Seide bearbeitet. In verschiedenen schönen Farben mit reicher, andersfarbiger Seidenblende

160.-



Rönlgsstr. 33

Samstags geschlossen

Chausseestraße 113

Reich (Königsplatz) Berlin



Edosana

(Nährsalzpillen mit Malzextrakt)

kräftigt, bildet Blut, frische die Nerven auf, indem es u. a. Phosphor, Kalk, Eisen dem Körper zuführt. Bei Schwäche, Blutarmut, Unterernährung ist „Edosana“ als belebendes Nahrungsmittel bestens zu empfehlen.

Preis 2 Mark.

Borussia-Apotheke, Berlin - Schöneberg, Hauptstr. 151.

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk
Goldkronen, Brücken, Plomb. Zähne ohne Platte, Zahn- u. Betäub., Umarbeit., Reparatur, sofort. Billig. Preis., auch Teilz.
Zahnpraxis M. Löser, Brunnenstr. 185, zw. Rosenthal, Platz u. Invalidenstr. Sprechz. 9-12-7. Sonnt. 10-12.

Sportnetz m. Opoffen- Kragen
Blau mit Gelbnetz, Siel, Otter, preiswert abgegeben.
W. H. Schürmacher, Berliner Str. 108, Sprechz. 10-12, 3-5.

Ziehung 6.—11. Dezember

Rote Kreuz Geld-Lotterie

545 454 Lose und 17 551 Geldgewinn zuz.

600 000 M.
100 000 M.
50 000 M.
30 000 M.
20 000 M.

Geld-Lose Original-Preis **M. 3.30** Porto u. Liste 45 Pfg. extra

10 Lose sortiert versch. Tausend mit Liste und Porto **M. 33.60**

Lud. Müller & Co. Berlin W., Werderscher Markt 10.

Der Freie Verlag

Bern

Sobien erschienen:

V. L. Burzew

Seid verflucht, Ihr, Bolschewiki!

(Offener Brief an die Bolschewiki)

14 Seiten

M. 0,90

Der russische Sozialrevolutionär Burzew, der nach seiner Flucht aus Rußland in der Pariser Emigrantenzzeitung „La cause commune“ einen erbitterten Kampf gegen die Bolschewiki führt, wurde berühmt durch seine Enthüllung des russischen Spitzelwesens und besonders des Polizeigentlen Asef. Sein „Offener Brief“ bleibt für die Bolschewiki für alle Zeiten ein Dokument der Schmach, das die Namen der Lenin, Trotsky, Zinojew, Joffe, Radek und Parvus den borniertesten Doktrinfären und dem gewalttätigsten Verbrechern beigesellt.

274/14*

Zur Beurteilung der Bolschewiki erscheinen demnächst ferner im Freien Verlag:

Chariton Chavichvily

Offener Brief an den Genossen Longuet,

eine Warnungs- und Aufklärungsschrift, reichlich dokumentiert mit Zitaten aus der russischen Parteipresse.

Sowie:

70 Dokumente über die Beziehung der Bolschewiki zur deutschen Heeresleitung, Großindustrie und Finanz.

Herausgegeben vom Committee on Public Information of the United States of America.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag, Falkenplatz 22, Bern (Schweiz).

Rechtsrat! Vereinigung der Rechtstrende

Berlin, Friedrichstr. 127, nahe Oranienburger Tor u. Karlstraße, gegründet von Justizrat Schoda, Dr. jur. Moser. — Sprechzeit 9 bis 8 Uhr. Mäßige Auskunftgebühren. Bisher über 120 000 Ratsuchende.

Prozeßbeistand!

Pelzwaren!

spez. Stunkstein, Maschafische usw. C. vetricianin, Sealbisam, Damenmäntel. Einzelabgabe zu ermäßigten Fabrikpreisen. Pelzwarenfabrik Robert Feuchter, SW. 19, Krausenstr. 41 I (am Dönhofsplatz). Verkaufzeit: 9-12, 3-5 Uhr.

Achtung, Hausfrauen!

„Wir bieten Ihnen die Hand zur Gas- u. Kohlen-Ersparnis“

Besichtigen Sie unsere Fabrik — Ausverkauf zu Engrospreisen. — Kompl. Kochkisten mit 24 Töpfen usw. von M. 20,50 bis M. 30,50. Ferner: Einzelne Kochkisten-Töpfe, 2,5 bis 7 Liter Inhalt, M. 6,— bis M. 10,23 pro Stück.

Fabriklager Linkstraße 61
Deutscher Kochkisten-Vertrieb G.m.b.H.
(Geschäftszeit von 1/9—1/5 Uhr). Tel.: Nollend. 4343.



Uhren- und Gold-waren, mod. Schmuck, Trauringe

in reicher Auswahl zu festen Preisen. Eigene Reparaturwerkstatt. Benennung, Auslieferung, Garantie. S. Felske, Uhrmacher Berlin, Alte Jakobstr. 45, an der Engelstr.

Achtung, Hausfrauen!

„Wir bieten Ihnen die Hand zur Gas- u. Kohlen-Ersparnis“

Besichtigen Sie unseren Fabrik-Ausverkauf zu Engrospreisen. — Kompl. Kochkisten mit 24 Töpfen usw. von M. 20,50 bis zu 30,50. Ferner einzelne Kochkistentöpfe, 2,5 bis 7 Liter Inhalt M. 6,— bis M. 10,23 pro Stück.

Fabriklager Linkstraße 61, 1 Tl., Deutscher Kochkisten-Vertrieb G.m.b.H. (Geschäftszeit v. 1/9—1/5 U.) Tel. Noll. 4343.

Knopfloch-Abzeichen

schwarz-rot-gold usw. **Millionen-Artikel** Großabnehmer gesucht. Anfragen u. W 327 erbeten an Hasenstein u. Vogler, Dresden.

Sensationell!

Echt Bisam-Mäntel

neueste Fässon, erstklassige Verarbeitung auf la Seide, solange Vorrat reicht

M. 4000—4500.

Seal-Kanin-Mäntel von 1800,—

Großes Lager in allen Pelzwaren. B. Meizer, C 25, Landsberger Straße 56 II, Tel. Königstadt 3523

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitslose!

Infolge der Ueberfüllung der 23 städtischen Aufnahmestellen für Arbeitslose ist vom Magistrat eine 24. Stelle eingerichtet, die sich im Gewerkschaftshaus, Zimmer 99, befindet. Diese Aufnahme stelle soll insbesondere für die Mitglieder der Gewerkschaften sein. Daneben wird dort auch für alle Arbeitslose Auskunft über alle zuständigen Kaufnahmestellen gegeben. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Berlin.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ teilen mit: Die Berliner Gewerkschaften melden in den letzten Tagen übereinstimmend hohe Arbeitslosenziffern, die durch die heimkehrenden Soldaten, zu einem großen Teil aber auch durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse und die damit im Zusammenhang stehende Abnahme des Unternehmungsgeistes hervorgerufen worden sind. Innerhalb einer Woche ist die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von 300 auf annähernd 1000 gestiegen. Bei den Holzarbeitern ist die Zahl der Arbeitslosen seit der vorigen Woche, wo sie rund 1600 betrug, rapide angewachsen. Die genaue Zahl kann noch nicht festgestellt werden, aber es sind sicher mehrere Tausende Arbeitslose gemeldet. Bei den Metallarbeitern sind weit über 5000 Arbeitslose vorhanden. Die Organisation der Buchdrucker zählt annähernd tausend Arbeitslose, was gegenüber der Gesamtzahl der Beschäftigten einen außerordentlich hohen Prozentsatz darstellt. Alle diese Ziffern erschrecken sich nur auf die organisierten Arbeitslosen. Einzelne große Gewerkschaften stehen bereits vor der Frage, wie lange es möglich sein wird, einem so ungeheuren Heer von Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Organisation des gastwirtschaftlichen Hilfspersonals.

Durch die politischen Umwälzungen ist nun endlich auch das gastwirtschaftliche Hilfspersonal erwacht. Wenigstens zeigt sich der Wille, die Errungenschaften der Revolution voll in Anspruch zu nehmen. Als Folge davon ist natürlich die Aufspaltung der Sektion für das gastwirtschaftliche Hilfspersonal ein sprunghafter wie nie zuvor. Die Erörterung, die sich in den letzten Jahren vor Ausbruch der Revolution infolge der Unterdrückungsmaßnahmen von Seiten der Unternehmer angeammelt hatte, entläßt sich nun naturgemäß in den durchweg stark besuchten Versammlungen. Geleitet wird diese beredigte Erörterung noch dadurch, daß es den Direktoren und Chefs in den seltensten Fällen klar geworden ist, daß die Angestellten über ihre Geschäfte innerhalb des Betriebes mitbestimmen sollen. In einigen Geschäften präsentiert man den Lesern eine fertige Liste von Personen, die der Firma genehm sind, um so den Willen der Angestellten zu fällen. Auch wird den angestellten Hilfskräften vielfach die Zeit, die jetzt die Geschäfte früher schloßen, von ihrer freien Zeit abgezogen. Das beweist wiederum, daß das Unternehmertum im Gastwirtsgebetwebe seinem Hilfspersonal auch nicht das Geringste zugestehen will. Hinzu kommt, daß der größte Teil dieser Angestellten die ganze Arbeitszeit über für Löhne arbeiten mußte und heute noch arbeitet, bei der Zeit wirklich nicht mehr entspricht. Am allermeisten aber können die gastwirtschaftlichen Unternehmer sich damit abfinden, daß statt die Hilfskräfte zu entlassen, in erster Linie die Arbeitszeit zu verkürzen ist. Die Folge davon ist natürlich, daß nun das gastwirtschaftliche Hilfspersonal in Massen ihrer Organisation, dem Verband der Gastwirtsgehilfen beitrete, um mit Hilfe der freien Gewerkschaft die bisherigen unbilligen Verhältnisse von Grund auf zu ändern. Auch die unentwegten Herren Chefs und Direktoren werden sich nun mit dem Gedanken befreunden müssen, die freien Gewerkschaften, in diesem Fall den Verband der Gastwirtsgehilfen, als die Interessensvertretung der Angestellten anzuerkennen. Verband der Gastwirtsgehilfen Sektion I, Berlin N. 24, Elßner Straße 88, Aufg. B, III. J. A.: Karl Lehmann.

Die Leitung des Eisenbahnerverbandes

Ist nicht, wie aus einer gestrigen Mitteilung geschlossen werden könnte, von dem bisherigen Vorsitzenden des Verbandes abgegeben worden. Genosse Brunner behält nach wie vor die Leitung der Organisation; seine Berufung in das Eisenbahnministerium ändert daran nichts. Genosse F. Schöffel, der Brunners Stellvertreter geworden ist, gehört dem Verbandsvorstand seit Gründung der Organisation als Mitglied an.

Verband der Böttcher.

Durch die Kriegskonjunktur haben sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieben verschieden entwickelt. Es war deshalb notwendig, neue Richtlinien aufzustellen. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dieser

Frage. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, Sonnabend 7 Stunden. Akkordarbeit ist verboten. Der Wochenlohn beträgt 120 M., ohne Abzug der Kranken- und Invalidenbeiträge. Der Stundenlohn beträgt 2,65 M., ohne Abzug der Versicherungsbeiträge. Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit sind möglichst zu vermeiden. Sind diese jedoch notwendig, so erfolgt für jede Ueberstunde ein Aufschlag von 1 M. pro Stunde.

Die achtstündige Arbeitszeit ist für sämtliche Böttcher Groß-Berlins eingeführt. In 15 Betrieben wird ein Wochenlohn von 120 M. und darüber schon jetzt bezahlt. Am schlechtesten werden unsere Kollegen in Brauereien entlohnt. Der Wochenlohn beträgt dort 72,50 M., ist also um 45 M. und darüber niedriger als in anderen Betrieben, die Böttcher beschäftigen. Es ist deshalb kein Wunder, daß schon seit geraumer Zeit eine Mißstimmung unter den Brauereiböttchern vorhanden ist, die über kurz oder lang zum Ausbruch kommen muß. Wir erwarten aber von den Brauereien hinsichtlich unserer neuen Forderungen ein weitgehendes Entgegenkommen.

Das Abstoßen der Arbeiter aufs Land.

Das preussische Landwirtschaftsministerium hat an die Landwirtschaftskammern ein Rundschreiben gerichtet, in dem auf die Ueberfüllung der Städte mit Arbeitslosen hingewiesen und die dringende Mahnung ausgesprochen wird, die dem Ministerium unterstellten Behörden sollten alles tun, um den Abzug der städtischen Arbeitslosen nach dem platten Lande zu unterstützen. Für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, die eine Lebensfrage für das deutsche Volk darstellt, sei die Schaffung eines festen Arbeiterhandes Voraussetzung. Die Stabilisierung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande sei aber nur möglich, wenn die Landwirte den neuen Verhältnissen Rechnung tragen, die Arbeiter gut behandeln, ausreichend entlohnen und für eine menschenswürdige Unterkunft Sorge tragen. Würden diese Voraussetzungen erfüllt, dann werde sich dem Abstrom der Arbeitslosen von der Stadt auf das Land kein unüberwindliches Hindernis mehr in den Weg stellen. Das Rundschreiben schließt mit der Aufforderung an die Landwirte, während des Krieges zurückgestellte Aufträge an die Industrie und das Handwerk nummehr ohne Vergug zu erteilen. Auch hier werden die dem Ministerium unterstellten Behörden aufgefordert, im Sinne der Zentralinstanz zu wirken.

Versammlung der Tapezierer. Stellungnahme und Beschlußfassung über Lohn- und Arbeitsbedingungen war der Zweck der Versammlung. Ein Antrag Hochwald verlangt, die Arbeitszeit auf fünf Stunden zu verkürzen, um Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, und eine Lohnhöhung um 20 Pf. pro Stunde. Schon längere Zeit, seit Ablauf der Tarifschweben Verhandlungen über eine Neuregelung. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, 20 Pf. Lohnhöhung zuzugestehen. Becker, Neumann und Splied sprechen sich dagegen aus, durch Arbeitsminderungen den Produktionsprozeß zu stören. Sie empfehlen, auf das Angebot der Unternehmer einzugehen unter der Voraussetzung, daß die Lohnhöhung vom 15. November ab nachgezahlt wird. Es wurden jedoch auch Stimmen laut, die sich grundsätzlich gegen den Abschluß von Tarifverträgen wendeten. Im Verlauf der Aussprache wurde beantragt: Es sind 20 Pf. Lohnaufschlag ab 15. November zu zahlen. Die Arbeitszeit ist auf fünf Stunden herabzusetzen und für den Lohnausfall sind weitere 25 Proz. Zuschlag zu gewähren. Ein anderer Antrag forderte Abschaffung der Akkordarbeit. Beschlossen wurde: die fünfstündige Arbeitszeit, einen entsprechenden Zuschlag und außerdem 20 Pf. pro Stunde Lohnzulage ab 15. November zu fordern. Auf dieser Grundlage soll der neue Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Hierauf wurde verlangt, bei der Gewerkschaftskommission zu beantragen, daß allgemein eine fünfstündige Arbeitszeit, möglichst durch Gesetz, eingeführt werde. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung der Versammlung. Der Besuch war außerordentlich stark.

Versammlung der Friseurgehilfen. An erster Stelle beschäftigte man sich mit der Einführung des Achtstundentages und völliger Sonntagsruhe, an zweiter Stelle mit den Vahlen zum Arbeiterrat. Nach erlassenen Bestimmungen sollen Selbständige und Gehilfen gemeinsam wählen. Die Gehilfen, von denen der größte Teil noch nicht aus dem Felde zurückkehrt oder stellungslos ist, wird das Ueberwiegen der Stimmen der Selbständigen und damit eine Benachteiligung der Gehilfen befürchtet. In einer Resolution wird oetrennte Abstimmung gefordert. Der Abend brachte zahlreiche Neuaufnahmen.

Die Arbeiterbewegung in England.

Amsterdam, 4. Dezember. (G. A.) Nach einer Meldung des „Daily Express“ droht der Verband der englischen Lokomotivführer und Heizer mit sofortiger Arbeitsniederlegung, wenn die Regierung ihre wichtigste Forderung, die achtstündige Arbeitszeit, nicht erfüllt. — Die schottischen Textilarbeiter fordern den achtstündigen Arbeitstag und eine Lohn-erhöhung von 30 Schilling für die Woche, sowie ein Mindesteinkommen, das 95 Proz. der Löhne vor dem Kriege übersteigt.

Industrie und Handel.

Die Börse war Mittwoch wieder schwach; gedrückt waren deutsche Anleihen.

Vorbereitung eines deutschen Wirtschafts-Kongresses.

Eine Reihe von Persönlichkeiten aus dem deutschen Wirtschaftsleben hatte am Mittwoch, den 4. Dezember, die Vertreter der Presse zu einer Konferenz nach dem Kaiserhof in Berlin gebeten, um ihnen Mitteilung von der in Aussicht genommenen Einberufung eines deutschen Wirtschafts-Kongresses zu machen.

Generaldirektor Brückmann gab in einem einleitenden Referat einen Ueberblick über Zweck und Ziel des deutschen Wirtschafts-Kongresses. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, sagte er, sind völlig verrotten, keiner weiß, was ihm der morgige Tag bringen wird. Der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerwelt hat sich eine tiefe Depression bemächtigt und doch muß es allen Widerständen zum Trotz gerade jetzt heißen: Kopf hoch und gehandelt! Die deutsche Volkswirtschaft ist wohl geschlagen, aber nicht geschlagen. Die schaffenden Kräfte, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft müssen sich aufrufen, sich sofort einmütig zusammenzuschließen und, da wir heute überhaupt keine Vollvertretungen haben, einen deutschen Wirtschafts-Kongress bilden, um sich vor der Regierung, vor dem In- und Auslande spontan zu Gebor zu bringen, und dann gemeinsam all den neuen Wirtschaftsproblemen unverzüglich praktisch Arbeit zu leisten. Neue Männer mit neuen Ideen gehören in diese Vertretung, die sich den Verhältnissen anpassen vermögen. Jede Parteipolitik soll von dem Kongress fern gehalten sein. Es soll kein Berliner, sondern ein bundesstaatlicher Wirtschafts-Kongress sein, der in einigen Wochen bereits in Weimar zusammenzutreten wird, um zunächst das parlamentarische Votum bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung für die Wirtschaftsfragen auszufüllen. Der deutsche Wirtschafts-Kongress wird sich aus Delegierten und Sachverständigen sämtlicher Bundesstaaten zusammensetzen, die aus den einzelnen wirtschaftlichen Körperschaften und Verbänden hervorgehen sollen. In diesem Zweck werden Kundgebungen in allen Bundesstaaten erfolgen. Die erste Kundgebung findet am 16. Dezember in Berlin statt. Sie soll der Konstituierung des Kongresses dienen, die deutsche Volkswirtschaft mit neuem Mut und neuer Tatkraft erfüllen und dem Auslande zeigen, daß das deutsche Wirtschaftsleben sich auch in etwa noch kommenden schwereren Zeiten nicht niederdrücken oder getrümmern läßt.

Der Aufruf an Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, der von dem vorbereitenden Ausschuss herausgegeben wird, trägt u. a. die Unterschriften: Generaldirektor H. Brückmann, Hofrat Dr. C. Hüttner-Augstburg, Robert Friedländer-Dahlm, Landrat a. D. C. Gerlach-Neudorf, C. S., Stadtrat Dr. V. de Grubler-Charlottenburg, von Kardorff-Lissa (Köpen), Stadtrat Dr. Schacht-Weimar, Regierungspräsident a. D. von Schwerin-Grünevald, Direktor Dr. R. von Wilsdorf. Das Bureau des vorbereitenden Ausschusses befindet sich: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 6-7, Fernruf: Norden 8108, 10820.

Die letzte französische Anleihe.

Holländisch Neuwisbureau meldet aus Paris: Finanzminister Klotz teilt in der Kammer mit, daß der Erfolg der letzten Anleihe alle Erwartungen übertraffe. Die Gesamtzeichnungen hätten 28 Milliarden Frank erreicht, darunter 10 Milliarden neues Geld.

Waher hatten die französischen Sparer keinen großen Patriotismus durch überwältigende Zeichnungsfreude bewiesen. Auch nach dieser „Siegesanleihe“ hat Frankreich nur einen Bruchteil der in Deutschland gezeichneten fest verzinslichen Anleihe aufgebracht.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 32. Falls Ihr Mann in der zweiten Hälfte des November entlassen ist, haben Sie noch Anspruch auf die Unterstützung für die erste Hälfte des Monats Dezember. — M. Wenden Sie sich an das Miet-einigungsamt Ihres Bezirks. Adresse erfahren Sie Zimmerstraße 60. — G. M. S. 26. Darauf brauchen Sie sich nicht einzulassen. Es kann denn aber Kündigung erfolgen. — Freitag, Heubad. 1. Beim Bezirkskommando. Entlassung kann sofort erfolgen. 2. Nein. — J. S. 189. Keinem, Leipzig. — W. 100. Ihre Ansicht ist so richtig. Da Sie aber gezahlt haben, läßt sich nichts tun. — S. G. 5. und J. S. 44. Nein. — Kowitzke und Ogorek. Sie haben nach den bisherigen Bestimmungen leider keinen Anspruch. — Kaditsch. Leider haben Sie keinen Anspruch. — O. S. 1. Ja. 2. Nein. — L. S. 45. Nein. — Verpflegungsgebühren. Sie müssen die Entlassung durch den Ersatztruppenteil abwarten. — R. S. 77. Wenden Sie sich an Ihren Ersatztruppenteil. — S. S. 15. 1. bis 3. Nein. — G. D. 1912. 1. Armeekorps. — G. S. 100. Wenden Sie sich an Dr. Baage direkt. — Irma S. Ja. — R. S. Ja. — Ausländer. Sehen Sie sich an den Bund der Kriegsbefehlshabenden, Lindenstr. 111. — G. S. 420. Erheben Sie Anspruch, da Annahme zu erwarten ist. Der Einspruch muß binnen einer Woche, von der Zustellung ab getrennt, eingelegt sein. — Rechtsanwältin J. M. 112. Die sofortige Entlassung und damit die Entziehung der Feuerungszulage halten wir für unzulässig. — St. Heinersdorfer Straße. Anspruch auf Familienunterstützung haben Sie nicht. Dagegen läme eventuell eine Ausgleichunterstützung in Frage.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin, Traud. Vorstadt-Potsdamerstr. 1. Verlagsbankhalt Paul Sinner u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Circus 1. Beilage.

A. WERTHEIM

Knaben - Kleidung

- Blusenanzug h-hingeschloßen von mit schw. Schließe aus grau moliertem Stoff für ein Jahr 3 Jahre. M. 25.00
- Schulanzug hochgeschloßen mit Schließe aus braunem cheviotartigen Stoff für ungetragte Jahre. M. 55.00
- Sportanzug offene Form aus grünem cheviotartigen Stoff für 9 Jahre M. 75.00
- Jackenanzug ein u. zweireihig Rücken mit Quat u. Falchen aus grau gemustertem Stoff für 11 Jahre. M. 110.00
- Kieler Pyjack m. Armstücken a. blauem Cheviot warm gefüt. l. 3 Ja re M. 45.00

Taschentücher

- Balist-Hohlsaumtücher m. gestickt. Ecke Stck. M. 0.75 1.40
- Leinene Tücher gebogt Stck. M. 2.70
- Leinene Tücher gebogt m. gestickt. Ecke Stck. M. 4.30
- Balist-Tücher gebogt mit gestickter Ecke 1/4 Dtzd. im Karton M. 9.80
- Balist-Tücher mit Stickerolkanle 1/4 Dtzd. im Karton M. 11.50 14.50
- Spitzenlaschentücher Stck M. 4.20 4.85 5.25

Leipziger Str. Echte Brüsseler Taschentücher in verschiedenen Preislagen

Spitzen

- Zwirn-Spitzen für Wäsche und Decken Mtr. 38, 42, 48 Pf.
- Einsatz dazu passend Mtr. 38 Pf.
- Feinere Zwirn-Spitzen für Blusen u. Wäsche 2 1/2 - 4 cm br., Mtr. 50 bis 65 Pf.
- Torchong-Spitzen weiß oder ecrué . . . Mtr. 1.00 1.85 3.00
- Einsätze dazu passend Mtr. 1.00 1.75 2.25
- Wäsche-Langellen Mtr. 20 Pf.

Lederwaren

Große Auswahl von: Geldtaschen für Damen u. Herren, Brief- u. Banknotentaschen, Zigarren- u. Zigarettentaschen, Photographie-Alben, Damen-Handtaschen in verschiedenen Ledersorten, Handkoffer, Leder, mit und ohne Einrichtung, Rohrplattenkoffer in verschiedenen Größen

Leipziger Straße Kunstgewerbl. Lederschnittarbeiten u. zwar: Pa-avente, Schreibmappen, Zeltungsmappen, Merkbücher, Skatblocks, Bilderrahmen, Truhen etc.



SCHUHHAUS

Preussens

Besohlungen nur mit Leder. Reparaturen in eigener Werkstatt.

Annahme Berlin.

Andreasstraße 88/89 Königsberger Straße 8 Belle-Alliance-Straße 104 Turmstraße 55 Leipziger Straße 91

Charlottenburg: Joachimsthaler Straße 6 Wilmersdorfer Straße 57

Lichtenberg: Frankfurter Alle 98.

Der Wirtschaftsstab der früheren Militärverwaltung Rumänien

erlaubt infolge Ueberbelagerung von Bukarest nach Berlin alle diejenigen Firmen und Personen, welche Verbindungen an den Wirtschaftsstab haben, dieselben unter Einbindung ihrer Redaktionsleitung der nächsten zwei Wochen vom Tage der Veröffentlichung an unien aufgeführte Adressen zwecks Abrechnung vorzulegen.

Wirtschaftsstab Rumänien

Berlin W 35, Potsdamer Straße 121b.

Lagerspeicher

Bochlembau, event. mit Rollen und Rahmen, circa 1000 qm (Gehäuse) zu vermieten Branlenburger Str. 13/15.